



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen und Interne
Services**

Fachbereich Finanzen

Kämmerei, Stadtkasse und Stiftungen

Reitende-Diener-Straße 12-17

Auskunft erteilt

Herr Driver

Telefon

309 – 4637

Telefax

309 – 3959

Email

John.driver@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

10 24 42

Datum

18.09.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Finanzen und Interne Services

▼ Sitzung vom:

14.08.2024

▼ Sitzungsort

Huldigungssaal, Rathaus

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

17:00 - 18:56 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigegefügt Tagesordnung.

Vorsitzender

Fachbereichsleiter

Protokollführung

Schwake

Prigge

Driver



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Alexander Schwake

Mitglieder des Gremiums

Herr Uwe Nehring

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Frau Marianne Esders

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Herr Kai Herzog

Herr Jörg Kohlstedt

Herr Sören Pinnekamp

Grundmandat

Herr Robin Gaberle

Herr Frank Soldan

Vertretung für: Herrn Eike Freitag

Verwaltung

Herr Jens Mildner Fachbereichsleiter 1

Herr Timo Gomell BL 20

Herr Michael Schmidt

Herr Thomas Duda

Herr Viktor Jundt

Abwesende Mitglieder

Grundmandat

Herr Eike Freitag

fehlt entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls vom 13.06.2024**
- 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5 Einwohnendenfragen**
- 6 Raumkonzept (Masterplan) - Präsentation**
- 7 Haushaltsbericht zum 31.07. incl. Controllingbericht - Präsentation**
- 8 Haushaltssicherungsbericht - Umsetzungsstand HSK zum 14.06.2024 - Präsentation**
- 9 Konsolidierter Gesamtabschluss 2018 - Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses
Vorlage: VO/11355/24**
- 10 Entsperrung der Stellen "Geflüchtete
Vorlage: VO/11395/24**
- 11 Antrag "Teilnahme der Hansestadt Lüneburg am Hanseatischen Azubi Austauschprogramm" (Antrag der Delegierten-Versammlung des Rates vom 20.06.2024, eingegangen 20.06.2024)
Vorlage: VO/11350/24**
- 12 Einführung einer Zentralen Vergabestelle (ZVS)
Vorlage: VO/11320/24**
- 13 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake begrüßt das Plenum und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Die Tagesordnung wird gemäß der Einladung zur Sitzung festgestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 13.06.2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services genehmigt einstimmig das Protokoll vom 13.06.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:6
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Prigge informiert darüber, dass das Rechnungsprüfungsamt darauf hingewiesen habe, aus Kapazitätsgründen den Haushalt der Stadt Lüneburg 2023 in 2024 nicht mehr prüfen zu können.

Weiterhin erinnert Herr Prigge an die nichtöffentliche Sondersitzung dieses Ausschusses am 27.08. zu dem Thema Vonovia-Wohnungen.

zu 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Einwohnendenfragen liegen nicht vor.

zu 6 Raumkonzept (Masterplan) - Präsentation

Beratungsinhalt:

Herr Jundt (Firma EUROCREs) erläutert anhand einer Präsentation (Anlage) den Sachstand zur Erarbeitung eines Masterplanes für die zukünftige räumliche Gestaltung der Kommunalverwaltung.

Im Ergebnis stellt er fest, dass die Analyse des Flächenbedarfs und der Ist-Soll Abgleich hinsichtlich der aktuellen Büroflächensituation ein nicht unerhebliches Optimierungspotential vermuten lässt. Herr Jundt begründet die daraufhin entwickelten Optimierungsvarianten. Die Empfehlung von Eurocres ist es, den „Verwaltungskern Rathaus“, d.h. das Rathaus und alle im städtischen Eigentum befindlichen Gebäude im direkten Umfeld des Rathauses zu ergänzen um ein weiteres im Eigentum der Hansestadt Lüneburg befindlichen größeren Bürogebäudes. Kleinere angemietete Immobilien wären nach und nach zu entmieten. Für ein weiteres Verwaltungsgebäude benennt er die aktuell denkbaren Varianten

a) Liegenschaft „Lünebuch“. Ankauf und Umbau nach neuem Bürokonzept und

b) „Kasernengebäude“ Wismarer Straße, im Eigentum der Hansestadt Lüneburg, Sanierung nach neuem Bürokonzept.

Fachbereichsleiter Mildner betont in der anschließenden Diskussion, dass man sich noch am Anfang der Überlegungen befinde und bislang lediglich die Fachbereichsleitungen einbezogen habe. Die Vorstellung dieser Überlegungen im Ausschuss zu diesem frühen Zeitpunkt habe zum Ziel, ein erstes Stimmungsbild einzufangen. Nächste Schritte seien die Erstellung einer Roadmap und die Beauftragung konkreter Planungen.

Bezüglich der zu erwartenden Kosten sei zu bedenken, dass durch die Bündelung der Verwaltung und die Reduzierung der derzeitigen Mietaufwendungen auch erhebliche Einsparungen erzielt werden könnten.

Die Überlegungen der Verwaltung werden einhellig begrüßt.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 7 Haushaltsbericht zum 31.07. incl. Controllingbericht - Präsentation

Beratungsinhalt:

Bereichsleiter Gomell berichtet anhand einer Präsentation (Anlage) über die aktuelle Entwicklung des Haushaltes 2024.

Hervorzuheben sei die positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens, das am Jahresende nach derzeitigem Bericht um circa 8 Mio. € über dem Planansatz liegen werde. Gleichwohl werde das Jahresergebnis voraussichtlich um 5,5 Mio. € über Plan liegen, was ungefähr den bisher nicht realisierten Erträgen aus der Vermarktung von Grundstücken am Wienebütteler Weg entspräche. Noch nicht berücksichtigt seien die erst gegen Jahresende zu buchenden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen.

Das Investitionsprogramm weist, ähnlich wie im Vorjahr, einen hohen Umsetzungsstand aus. Gleichwohl müsse festgestellt werden, dass ein Abbau von Haushaltsresten nicht realisierbar, ggfs. sogar ein weiterer Anstieg zu verzeichnen sei.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 8 Haushaltssicherungsbericht - Umsetzungsstand HSK zum 14.06.2024 - Präsentation

Beratungsinhalt:

Bereichsleiter Gomell berichtet anhand einer Präsentation (Anlage) zum Umsetzungsstand des Haushaltssicherungskonzeptes 2024.

Auf der Ertragsseite wirke sich mit voraussichtlich ca. 100.000 € die geänderte Kita- Beitragssatzung aus.

Aufwandsseitig sei mit einem Minderaufwand von ca. 55.000 € das Energieeinsparprogramm für städtische Schulen zu erwähnen.

Unter den abgearbeiteten Prüfaufträgen sind zu erwartende Mehrerträge aus der Kreischulbaukasse iHv. 430.000 € zu erwähnen.

Unter dem Strich sei allerdings bei einem Haushaltsdefizit iHv. 50 Mio. € der Konsolidierungsbeitrag des HSK in der Größenordnung von 1 Mio. € eher marginal.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 9 Konsolidierter Gesamtabschluss 2018 - Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses Vorlage: VO/11355/24

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Prigge führt anhand einer Präsentation (Anlage) aus, dass die Hansestadt verpflichtet sei, einen konsolidierten Gesamtabschluss vorzulegen. Hiermit solle das Risikomanagement unterstützt und die Rechtmäßigkeit der Erfüllung der ausgegliederten öffentlichen Aufgaben überprüft werden. Der vorliegende Bericht des RPA betreffe zwar aufgrund hoher Personalfuktuation und ver-

gleichsweise geringer Priorität einen schon lange zurückliegenden Zeitraum, man arbeite sich aber an eine aktuellere Berichterstattung heran. Der Pflicht zu Überprüfung von ausgegliederten Aufgaben komme die Hansestadt jedoch dahingehend nach, dass sowohl Jahresabschlüsse als auch Wirtschaftspläne rechtzeitig in den Ausschüssen beraten würden. Ebenso könne die Stadtverwaltung durch das Beteiligungsmanagement Einfluss auf die Gesellschaften nehmen und Risiken entgegenwirken.

Herr Prigge führt aus, dass durch die Konsolidierung konzerninterner Umsätze iHv. 15,2 Mio. eliminiert wurden und hierdurch das ordentliche Ergebnis der Hansestadt um 5,8 Mio.€ verbessert werden konnte.

Aufgrund des großen Immobilienbestandes habe die Eigenkapitalquote bei guten 52 % gelegen. Gegenüber 2017 habe sich das Konzernergebnis aufgrund um 13% gestiegener Personalaufwendungen um 9,2 % verschlechtert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und interne Services empfiehlt einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der konsolidierte Gesamtabchluss der Hansestadt Lüneburg für das Haushaltsjahr 2018 wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG festgestellt und zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 10 Entsperrung der Stellen "Geflüchtete" Vorlage: VO/11395/24

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Mildner legt dar, der Rat habe für den Stellenplan 2024 u.a. 10 Verfügungsstellen „Geflüchtete“ (6,0 Stellen EG S11b (Sozialarbeiter/in) und 4,0 Stellen EG 10 (Sachbearbeitung)) beschlossen. Diese dürften erst nach Freigabe durch den Rat besetzt werden. Die Verwaltung beantrage nun die Freigabe von 4 Stellen zur Besetzung.

Herr Mildner betont, dass es sich um befristete Stellen handele, die gestrichen würden, sobald dieses möglich sei.

Fachbereichsleiter Prigge ergänzt, dass die Verwaltung wegen einer möglichen Refinanzierung der Stellen im Gespräch mit dem Landkreis sei. Gegenüber der Kommunalaufsicht könnten diese Kosten aus dem Defizit der Hansestadt herausgerechnet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und interne Services empfiehlt einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Von den 10 Stellen „Geflüchtete“ im Stellenplan 2024 werden die folgenden befristeten Besetzungen freigegeben:

Fachbereich 8	1,5 VZÄ Ingenieur*in, Techniker*in, Bauzeichner*in o.vgl. EG 11
	0,5 VZÄ Verwaltung / Sachbearbeitung, EG 9a
Bereich 514	1,0 VZÄ Verwaltung / Sachbearbeitung, EG 9c

Bereich 541	1,0 VZÄ Sozialarbeiter/in, S 11b
-------------	----------------------------------

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

- zu 11 Antrag "Teilnahme der Hansestadt Lüneburg am Hanseatischen Azubi Austauschprogramm" (Antrag der Delegierten-Versammlung des Rates vom 20.06.2024, eingegangen 20.06.2024)
Vorlage: VO/11350/24**

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Mildner führt aus, dass es mit dem Auszubildenden-Austausch Azubis in den Mitgliedsstädten des Internationalen Hansebunds ermöglicht werde, ein zwei- bis dreiwöchiges Praktikum in ihrem Ausbildungsberuf in einer anderen Mitgliedsstadt zu absolvieren. In der Pilotphase im Jahr 2024 sei das Projekt auf die Auszubildenden in Kommunalverwaltungen beschränkt. 16 Kommunen aus drei Ländern (Deutschland, Lettland, Polen) hätten ihre Teilnahme am Projekt zugesagt und nähmen an der Pilotphase teil. Das Grundprinzip des Projektes sei die Bereitschaft, sowohl Auszubildende zu entsenden wie auch Auszubildende aufzunehmen.

Bislang gebe es seitens der Azubis noch keine Anträge; da aber das Budget für die Abgabe der eigenen Auszubildenden noch nicht geklärt sei, werde die Teilnahme am Azubiaustausch intern auch noch nicht beworben. Für die Teilnahme der Hansestadt Lüneburg wären in den Haushalt – ohne Berücksichtigung der Personalaufwendungen und möglicher Refinanzierungen durch das Förderprogramm Erasmus+ – jährlich ca. 4500,00 € zu veranschlagen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services steht der Idee positiv gegenüber.

- zu 12 Einführung einer Zentralen Vergabestelle (ZVS)
Vorlage: VO/11320/24**

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Mildner führt aus, die Hansestadt Lüneburg trete in vielfältiger Weise als öffentlicher Auftraggeber auf. Die Aufträge von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen sowie freiberufliche Leistungen unterlägen dem Vergaberecht. Öffentliche Vergaben dienten dazu, die Prinzipien der Transparenz, Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung und des fairen Wettbewerbs zu fördern und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel effektiv und effizient eingesetzt werden.

Bislang sei die Vergabe der Hansestadt Lüneburg dezentral organisiert.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung der Stabsstelle 06 sei festgestellt worden, dass die Vergabestelle der Hansestadt Lüneburg faktisch eine reine Submissionsstelle für die Gesamtverwaltung ist. Vor diesem Hintergrund wurde empfohlen, die bisherige Submissionsstelle in Richtung einer erweiterten ZVS zu entwickeln, um so die Fachbereiche im Rahmen der verwaltungsseitigen Vergabeaufgaben stärker entlasten zu können.

Eine zentrale Vergabestelle werde Professionalität, Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der öffentlichen Beschaffung verbessern sowie andere Mitarbeitende entlas-

ten und in die Lage versetzen, sich ihren Kernkompetenzen entsprechend um ihre eigentlichen Aufgaben zu kümmern (z.B. Ingenieurinnen und Ingenieure).

Die neu zu schaffende ZVS solle in einer neuen und unabhängigen Organisationseinheit im Dezernat II – Finanzen und Innere Verwaltung, verankert werden und erfordere die folgenden neu zu schaffenden Stellen:

Funktion	Umfang	Wertigkeit	Kosten nach KGSt
SB Technik	1,0	EG 11	84.500 €
SB Verwaltung	1,0	EG 9c	72.300 €
Ltg. Vergabebjurist: in	1,0	EG 13	90.400 €
SB Verwaltung für die Stabsstelle 06	1,0	EG 6	55.900 €
Summe jährliche Personalkosten			303.100 €

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Dem in der Vorlage genannten Personalbedarf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 13 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Es liegen keine Anfragen vor.

